

Streit um direkte Steuern an Brüssel

Neuer Anlauf der EU-Kommission / Mayer (CDU) und Groote (SPD): Falscher Zeitpunkt

Von Giorgio Tzimurtas
und unseren Agenturen

Brüssel/Vechta – Neuer Anlauf für ein altes Vorhaben: Als EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski gestern seinen Plan für direkte Brüsseler Steuereinnahmen ankündigte, stieß er zwar auf eine massive Front der Ablehnung in den einzelnen



Mitgliedsstaaten – besonders in Deutschland. Doch: „Das vereinte Europa sich aus eigenen

Mittel finanzieren soll, ist sogar in den Römischen Verträgen aus dem Jahr 1957 festgeschrieben, den Gründungsdokumenten der Gemeinschaft“, erinnert der EU-Abgeordnete Matthias Groote (SPD) aus Rhauderfehn. Für ihn steht fest: „Vom Prinzip her ist die Initiative zu begrüßen.“

Auch der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) sieht viele Vorteile in einer direkten Besteuerung durch Brüssel: „Erfahrungsgemäß verringern sich bei mehr Einnahmen sogar die Verwaltungskosten innerhalb der EU“, stellt Mayer heraus. Der Christdemokrat betont: „Das unmittelbar von Brüssel eingezogene Geld würde den Bürgern wieder zugute kommen, weil es zurück in die einzelnen Länder fließt. Die EU behält kein Geld für sich und macht keine Schulden.“ Genauso

verhalte es sich derzeit mit den einzelstaatlichen Zahlungen an die Gemeinschaft.

Diese Überweisungen aus den europäischen Hauptstädten speisen den EU-Haushalt zu 76 Prozent – aktuell beläuft sich die Summe auf 123 Milliarden Euro. Die restlichen EU-Einnahmen setzen sich aus Zöllen, Strafen



Mehr Geld aus Abgaben statt über nationale Überweisungen in den Haushalt – so sieht der Plan der EU-Kommission aus. In Berlin trifft er auf massiven Widerstand. Foto: ddp

und einem Anteil an der Mehrwertsteuer zusammen. Deutschland trägt dieses Jahr rund ein Fünftel zum Brüsseler Budget bei – „bekommt aber auch viel wieder, etwa über Förderprojekte“, unterstreicht Mayer. Für den Fall direkter EU-Einnahmen erkennt Mayer zudem die Möglichkeit, bei EU-weiten Politik-Zielen

„mehr Einheit zu schaffen“. Auch Groote betont: „Direkte Abgaben führen zu mehr Effektivität“. Zum Beispiel in der Klimapolitik. Die derzeitigen Umwege in der

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verwies auf den zwischen Union und FDP geschlossenen Koalitionsvertrag, in dem festgeschrieben steht, dass eine EU-Steuer oder die Beteiligung der EU an nationalen Steuern und Abgaben abgelehnt werde. Auch die Sozialdemokraten zeigen sich widerspenstig. SPD-

Fraktionsvize Joachim Poß betonte: „Einen aktuellen Bedarf für eine Umstellung der Finanzierung und die Einführung einer eigenen EU-Steuer kann ich nicht erken-

nen.“ Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp sagte, er sehe die Gefahr, dass sich „die EU immer weiter verselbstständigt“. Der Garther Christdemokrat beklagte eine ohnehin schon große Entfremdung zwischen Brüssel und den EU-Bürgern. Außerdem befürchtet er Einnahmever-

luste auf nationaler Ebene – zumindest zeitweise. Auch Mayer mahnt: „Direkte Steuereinnahmen der EU müssten mit den nationalen Zahlungen an den Haushalt verrechnet werden.“ Ebenso argumentiert Groote: „Es muss ein Nullsummenspiel sein.“ Einig sind sich beide EU-Volksvertreter zudem darin, dass der Vorstoß des polnischen EU-Kommissars zum falschen Zeitpunkt komme. Mayer will zügige Ergebnisse in wichtigen Gesetzesvorhaben der EU wie der einheitlichen Finanzmarktkontrolle. „Wir brauchen keine neue Baustelle“, sagt er. Groote sieht überdies geringe Chancen für den Vorstoß, weil es derzeit ohnehin eine verbreitete Europa-Skepsis gebe. Eine Zustimmung des Rates, in dem die 27 Mitgliedsstaaten vertreten sind, sei höchst unwahrscheinlich. Trotz seiner grundsätzlichen Zustimmung lautet sein Fazit: „Ich buche das unter der Rubrik ‚Sommerloch‘ ab.“



Hans-Peter Mayer



Matthias Groote



Franz-Josef Holzenkamp

Verteilung seien hier hinderlich.

Mögliche Einnahmequellen könnten Kommissar Lewandowski zufolge eine Luftverkehrsabgabe, eine Steuer auf Finanztransaktionen oder die Einnahmen aus der Versteigerung von CO2-Emissionsrechten sein.

In Berlin trifft das auf schiere Empörung. Ein Sprecher von Fi-

nen.“ Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp sagte, er sehe die Gefahr, dass sich „die EU immer weiter verselbstständigt“. Der Garther Christdemokrat beklagte eine ohnehin schon große Entfremdung zwischen Brüssel und den EU-Bürgern. Außerdem befürchtet er Einnahmever-

NWZ 10.08.10 S2

Bundesregierung lehnt EU-Steuer ab

BRÜSSEL/DPA – Überlegungen zur Einführung einer neuen EU-Steuer sind auf Widerstand der Bundesregierung und von CDU, FDP und SPD gestoßen. Sie reagierten auf die Ankündigung des zuständigen EU-Kommissars Janusz Lewandowski, den 27 EU-Regierungen im September ein Papier mit Optionen für eine solche Steuer vorzulegen. Diese könnte dann direkt in den EU-Haushalt fließen, sagte Lewandowski.

→ **KOMMENTAR, SEITE 4**

NWZ 10.08.10 S4

EU-STEUER

Keine gute Idee

VON MARTINA HERZOG

Eine Steuer für Europa – das Thema dürfte anti-europäische Ressentiments aufzuwirbeln. Tatsächlich ist der Vorschlag des polnischen EU-Haushaltskommissars Janusz Lewandowski keine gute Idee. Im Grunde ist der EU-Haushalt mit 120 Milliarden im Vergleich zu nationalen Etats relativ bescheiden. Dabei bleibt der Großteil des Geldes aus den Mitgliedsländern nicht etwa „in Brüssel“, sondern fließt in die Mitgliedsländer zurück, etwa als Wirtschaftsförderung oder Landwirtschaftsbeihilfen. Außerdem sehen die Pläne Lewandowskis keine direkte Besteuerung des Bürgers vor, sondern von Dienstleistungen.

Doch die entscheidende Hürde stellt nicht die Haushaltspolitik auf, sondern die Demokratie selbst. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim hat ganz recht, wenn er die Pläne rügt. Die Mitglieder der EU-Kommission sind nicht gewählt, und Brüssel ist für die meisten weit weg – weiter als Paris, Berlin oder Madrid. Wenn er sein Geld verlangt, dann tritt der Staat dem Bürger sehr nahe. Näher als Europa es den Menschen bisher ist.

📧 Den Autor erreichen Sie unter Forum@infoautor.de